



AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

AKADEMIE-KURZANALYSE

3/2008

Berlusconi zum Dritten

Nach den Parlamentswahlen in Italien

Stefan Köppl M.A.

April 2008

Berlusconi zum dritten Nach den Parlamentswahlen in Italien

Stefan Köppl M.A.

Italien muss sich auf ein weiteres Déjà-vu einstellen: Nachdem bereits 2006 mit Romano Prodi ein ehemaliger Regierungschef nach mehreren Jahren Pause erneut ins Amt kam, schaffte Silvio Berlusconi bei den Parlamentswahlen am 13. und 14. April 2008 seinen dritten Wahlsieg innerhalb von 14 Jahren. Zu den wenigen Monaten im Jahre 1994 und den fünf Jahren zwischen 2001 und 2006 dürften also schon bald weitere Jahre unter Berlusconi hinzu kommen.

Das Wahlergebnis

Neben zahlreichen Kleinparteien waren fünf ernstzunehmende Bündnisse angetreten: Silvio Berlusconi mit einem Bündnis aus dem von ihm selbst geführten „Volk der Freiheit“ (Popolo della libertà), der Lega Nord und der Bewegung für eine Autonomie des Südens; der ehemalige Bürgermeister Roms Walter Veltroni mit seiner Demokratischen Partei (Partito democratico) und dem „Italien der Werte“ (Italia dei valori); Pierferdinando Casini mit der Zentrumsunion (Unione di centro); Fausto Bertinotti mit „Die Regenbogenlinke“ (La sinistra l'arcobaleno) und schließlich Daniela Santanchè mit „Die Rechte“ (La destra). Allen weiteren Formationen wurden im Vorfeld nicht die geringsten Chancen auf einen Einzug ins Parlament zugetraut; sie erreichten dann auch allesamt weniger als 1% der Stimmen.

Für Beobachter war der Sieg Berlusconis kaum überraschend, hatte doch sein Bündnis bis kurz vor der Wahl deutlich in den Umfragen geführt. Veltroni wurde fast schon wie ein Herausforderer betrachtet. Nicht vorhersehbar war aber die Größe des Vorsprungs, mit dem Mitte-Rechts über Mitte-Links triumphierte: Berlusconis Allianz erreichte in der Wahl zur Abgeordnetenversammlung landesweit 46,8% der Stimmen und 344 von 630 Sitzen, Veltroni kam nur auf 37,5% (246 Sitze) und Casini auf 5,6% (36 Sitze). Ähnliche Abstände ergaben sich bei der Wahl zum Senat, bei der die Mandate auf regionaler Ebene zugeteilt werden: Berlusconi 47,3% (174 von 322 Sitzen), Veltroni 38,0% (132 Sitze), Casini 5,7% (3 Sitze). Die Rechte scheiterte erwartungsgemäß an der 4%-Hürde der Abgeordnetenversammlung und der 8%-Hürde des Senats; ebenso die Regenbogenlinke, der aber zumindest der Einzug in die Abgeordnetenversammlung zugetraut worden war.

Die Wahlbeteiligung sank um 3,1% auf ein historisches Tief von 80,5%. Dies ist wenig verwunderlich angesichts der ständig wachsenden Desillusionierung der Italiener gegenüber der Politik in ihrem Land. Dennoch bleibt die Beteiligung auf einem vergleichsweise hohen Niveau, deutlich über dem der meisten anderen Demokratien.

Die Gründe für den erneuten Triumph Berlusconis sind vor allem in den letzten zwei Jahren zu suchen: Die seit 2006 amtierende Mitte-Links-Regierung unter Romano Prodi hatte sich vor allem durch innere Zersplittertheit ausgezeichnet. Zentrale Reformprojekte wurden zwischen den Koalitionsparteien und dem Widerstand der Betroffenen zerrieben; die versprochene und erhoffte Erneuerung des Landes blieb im Ansatz stecken. Sogar die äußerst zaghafte Rentenreform der Vorgängerregierung wurde auf Druck der radikalen Linken und der Gewerkschaften wieder zurückge-

nommen. Internationale Beobachter zeigten sich ebenso enttäuscht wie die Anhänger des Mitte-Links-Lagers, die sich in Scharen abwandten. Dementsprechend hatte die Regierung fast über ihre gesamte Amtszeit mit katastrophalen Umfragewerten zu kämpfen. Nachdem sie bereits im Februar 2007 kurz vor dem Ende gestanden hatte, scheiterte sie im Januar dieses Jahres endgültig und bescherte Italien damit eine der kürzesten Legislaturperioden in seiner Geschichte. Dabei wurden die Querelen und die Erfolglosigkeit vor allem der radikalen Linken (den zwei kommunistischen Parteien und den Grünen) angekreidet, deren Regenbogenlinke entsprechend an den Urnen abgestraft wurde: Sie verlor fast zwei Drittel ihrer Stimmen von 2006 und scheiterte so an allen Hürden – überraschenderweise selbst in ihren Hochburgen des sogenannten „roten Gürtels“ (Toskana, Emilia Romagna, Marken, Umbrien).

Der zweite bestimmende Faktor ist in der Entscheidung Walter Veltronis zu sehen, mit seiner Demokratischen Partei weitgehend allein anzutreten und auf ein Bündnis mit der radikalen Linken zu verzichten. Vor dem Hintergrund der Umfragedaten wäre selbst ein breites Mitte-Links-Bündnis quasi chancenlos gewesen, so dass Veltroni nichts zu verlieren hatte und sich ohne den Ballast der radikalen Linken als Erneuerer präsentieren konnte, der mit den zwei Jahren zuvor nichts zu tun hatte. Durch den Alleingang Veltronis konnte es sich auch Berlusconi leisten, auf die Einbindung der radikalen Rechten sowie des christdemokratischen Zentrums zu verzichten, ohne den Wahlerfolg zu gefährden. Da das Wahlrecht dem stärksten Bündnis eine Mehrheitsprämie zuspricht, genügt das Erreichen einer relativen Stimmenmehrheit, um auch ohne weitere Koalitionsbildung eine regierungsfähige Mehrheit der Mandate zu erhalten.

Der dritte Grund für den Erfolg des Berlusconi-Bündnisses, vor allem aber für den unerwartet großen Vorsprung, ist das gute Abschneiden der Lega Nord. Die rechtspopulistische, in ihrer Rhetorik manchmal gar separatistische Partei konnte ihren Stimmenanteil fast verdoppeln. Obwohl sie nur im Norden verwurzelt ist, kam sie landesweit auf 8,3% bzw. 8,0% und ging deutlich gestärkt aus den Wahlen hervor. Die Taktik, mit eigenen Listen anzutreten und sich einer Einbindung in das Volk der Freiheit zu verweigern, scheint voll aufgegangen zu sein. Obwohl die Lega Nord seit über 20 Jahren existiert, in Rom bereits zwei Mal mitregiert hat und in ihren nördlichen Stammregionen längst zum Establishment gehört, geriert sie sich nach wie vor als Protestbewegung und Anti-Parteien-Partei. Ihr Poltern gegen „die in Rom“, den angeblich parasitären Süden und illegale Einwanderer bringt ihr die Stimmen vieler Unzufriedener und Globalisierungsverlierer.

Die Berlusconi-geführte Allianz hat sowohl prozentual (ca. 5 Prozentpunkte) wie auch in absoluten Zahlen (ca. 1,5 Millionen Stimmen) deutlich hinzugewonnen, wobei sich die Gewinne über das ganze Land erstrecken. Besonders groß sind sie in der Region Kampanien, wo der Müllnotstand rund um Neapel zum Sinnbild für das Versagen der Regierung geworden und auch im Wahlkampf entsprechend instrumentalisiert war. Veltronis Bündnis blieb in etwa stabil. Erste Wählerwanderungsanalysen zeigen, dass es massiv vom Stimmenverlust der radikalen Linken profitierte; doch konnten diese Zuflüsse offenbar nur die Abwendung früherer Wähler kompensieren. Den größten Aderlass musste die radikale Linke hinnehmen: Ca. 2,4 Millionen Stimmen verlor sie im Vergleich zu 2006. Die Christdemokraten in der Mitte verloren ca. 500.000 Stimmen und damit ein Fünftel ihrer Wähler. Die

Rechte hingegen gewann in etwa diese Summe und konnte so ihre Stimmenanzahl verdoppeln. Schließlich mussten die vielen Kleinparteien außerhalb dieser fünf nennenswerten Formationen herbe Verluste hinnehmen: Sie verloren mit ca. einer Million fast 60% ihrer Stimmen.

Entwicklung des Parteiensystems

Das Bemerkenswerte dieser Parlamentswahlen liegt allerdings nicht so sehr in der dritten Wiederkehr Berlusconi ins Amt des Regierungschefs. Es liegt vielmehr in dem drastischen Rückgang der parteipolitischen Fragmentierung im Parlament. Geht man davon aus, dass die Listen, die sich zur Wahl stellten, auch gemeinsame Fraktionen bilden, so könnten die beiden Kammern ihre Arbeit mit nur fünf (Abgeordnetenkammer) bzw. vier (Senat) Fraktionen aufnehmen. Für ein Land, das seit Jahrzehnten an einer chronischen – und sich in den letzten 15 Jahren sogar verstärkenden – Parteienzersplitterung leidet, sind das unerhört überschaubare Verhältnisse. Zum Vergleich: Zu Beginn der letzten Legislaturperiode 2006 hatten sich in beiden Kammern jeweils acht Fraktionen getummelt und weitere acht bzw. fünf Parteien in der sogenannten „gemischten Gruppe“ mit Parlamentariern von Parteien, die den Fraktionsstatus nicht erreichten.

Die Kritik am Wahlrecht, das von manchen Kommentatoren sogar für den Sturz der Regierung Prodi verantwortlich gemacht worden war, ist deutlich leiser geworden, wenn nicht ganz verstummt. In seiner zweiten Bewährungsprobe hat es die beabsichtigten Wirkungen voll entfaltet: Es hat das Bündnis mit der relativen Stimmenmehrheit mit einer komfortablen und regierungsfähigen absoluten Mehrheit der Parlamentssitze ausgestattet. Und es hat durch seine Sperrklauseln die Präsenz von Kleinparteien im Parlament massiv reduziert.

Allein vier Parteien der radikalen Linken scheiterten an den Hürden, obwohl sie gemeinsam angetreten waren. Und auch die rechten Splitterparteien blieben außen vor. Schon 2006 hatten die Sperrklauseln des Wahlrechts Romano Prodi vor zwei weiteren schwierigen Koalitionspartnern bewahrt (die Radikale Partei und die Sozialisten).

Sollte sich diese Entwicklung stabilisieren, könnte die italienische Politik tatsächlich zu neuen Ufern aufbrechen. Gleichwohl ist es noch viel zu früh, um eine neue Ära zu proklamieren: Hinter Berlusconi's Volk der Freiheit verbirgt sich ein Bündnis aus der Forza Italia des Medienmoguls und der Alleanza Nazionale des ehemaligen Außenministers Gianfranco Fini. Eine echte Fusion dieser beiden Parteien steht, obgleich beabsichtigt, noch aus. Hinzu kommt die verbündete, aber mit eigener Liste angetretene Lega Nord. Und als vierte Kraft in Berlusconi's Bündnis schaffte es mit der Bewegung für eine Autonomie des Südens eine der bekannten Splitterparteien den Einzug ins Parlament, wenn auch nur mit acht Abgeordneten und zwei Senatoren. Schließlich waren auf den Listen des Volkes der Freiheit auch Vertreter einiger Kleinparteien zu finden, die sich nicht unbedingt alle unter die Führung Berlusconi's einordnen dürften.

Hinter der gemeinsamen Liste Casini's verbirgt sich sowohl seine eigene Partei UDC als auch die so genannte „Weiße Rose“ (Rosa bianca), die sich zunächst im Streit um die Bündnispolitik von der UDC abgespalten hatte. Selbst wenn anzunehmen ist, dass die beiden christdemokratischen Kräfte wieder fusionieren, ist dies nicht sicher.

Auch links von der Mitte ist die Lage weniger übersichtlich, als es auf den ersten Blick scheint. Die Demokratische Partei Veltroni's, als neue integrative Samm-

lungsbewegung der linken Mitte gefeiert, ist das noch junge Produkt einer Fusion zweier etablierter Parteien und hat seine erste Bewährungsprobe an den Urnen eher schlecht als recht bestanden. Es gelang der neuen Partei gerade einmal, in etwa die Summe der Stimmen ihrer Vorgängerparteien zu erringen. Inwieweit sich die Melange aus ehemaligen Christdemokraten, Liberalen und ehemaligen Kommunisten inhaltlich auf Dauer bewährt, muss sich erst noch zeigen. Auch kandidierten auf ihren Listen Vertreter der Radikalen Partei, die in der Opposition wohl ihren eigenen Weg gehen dürften.

Traditionell bleiben in Italien die Parlamentsfraktionen während einer Legislaturperiode nicht so, wie sie am Anfang waren. Es gibt immer wieder Austritte, Abspaltungen, Neugründungen und Fusionen. Davon dürfte auch in der bevorstehenden Legislaturperiode einiges zu sehen sein. Dennoch: Die Chancen eines Konzentrationsprozesses im italienischen Parteiensystem scheinen sich dennoch deutlich zu verbessern. Das Projekt des Partito Democratico setzt die Antipoden im Mitte-Rechts-Lager unter Fusionsdruck. Die Christdemokraten in der Mitte werden ihre Kräfte bündeln müssen und sich keine weiteren Spaltungen erlauben dürfen, wenn sie nicht wie die radikale Linke den Sperrklauseln zum Opfer fallen wollen. Und sollte es Veltroni gelingen, mit seiner Partei den Alleinvertretungsanspruch in der Opposition durchzusetzen, könnte das es den Anhängern der radikalen Linken erleichtern, alte Zöpfe abzuschneiden und sich dem Partito Democratico anzuschließen. Überzeugt der Partito Democratico in seiner Oppositionsrolle jedoch nicht, könnten sich viele Enttäuschte erneut der radikalen Linken zuwenden und dieser ein glänzendes Comeback bei den nächsten Wahlen ermöglichen.

Perspektiven der neuen Regierung

Betrachtet man die Papierform der neuen Regierungskoalition, so sieht man für Italien ungewohntes: Die drei Parteien Lega Nord, Alleanza Nazionale und Forza Italia verfügen über eine deutliche Mehrheit in beiden Kammern. Die Bewegung für eine Autonomie des Südens wird zwar integriert, aber nicht gebraucht. Noch nie war eine Koalition aus so wenigen Parteien mit so komfortablen Mehrheiten ausgestattet. Und noch nie war die inhaltliche Bandbreite einer Koalition so gering. Die Chancen für die Umsetzung eines kohärenten Regierungsprogramms sind also so gut wie nie zuvor. Doch sind dies bis dato nur günstige Ausgangsbedingungen, die erst noch genutzt werden müssen. Genug Zündstoff für eine Lähmung der Regierungsarbeit bietet selbst diese Koalition: So trifft etwa der Wunsch der Lega Nord nach einer weiteren Föderalisierung Italiens auf den Zentralismus der Alleanza Nazionale. Auch bei den Themen Wirtschaft, Sozialsysteme und Förderung des strukturschwachen Südens sind Differenzen vorprogrammiert. Dennoch ist es nicht unwahrscheinlich, dass nach den turbulenten zwei Jahren unter Prodi wieder eine stabile Legislaturperiode bevorsteht und die neue Koalition bis 2013 durchregieren wird.

Der designierte neue Regierungschef hat sich bereits voller Tatendrang gezeigt und will den Müllnotstand in Neapel sowie die Schiefelage der staatlichen Fluglinie Alitalia beheben. Außerdem sind Steuersenkungen zur Ankurbelung der Wirtschaft sowie eine verstärkte Familienförderung angekündigt. Bei tiefgreifenden Reformen will Berlusconi mit der Opposition zusammenarbeiten. Wie viel von diesem Anfangselan und von den konziliannten Tönen gegenüber der Opposition bleibt, ist abzuwarten. Zunächst muss ein Kabinett gebildet werden, das alle Koalitionspartner zufriedenstellt.

Wird nun die italienische Demokratie durch ein mediengestütztes autoritäres Regime ersetzt? Die Antwort lautet: „Nein, aber“. Schon die letzte fünfjährige Amtszeit Berlusconis 2001-2006 hat gezeigt, dass solche Befürchtungen überzogen sind. Italienische Regierungschefs gehören zu den schwächsten Regierungschefs der Welt - auch wenn sie Berlusconi heißen. So ist es ihnen z.B. nicht einmal möglich, Minister zu entlassen. Die zahlreichen institutionellen, parteipolitischen und politisch-kulturellen Eigenheiten der italienischen Politik, die dem Land über Jahrzehnte den nachhaltigen Ruf der Unregierbarkeit bescherten, wirken Machtakkumulation entgegen. Sie werden auch in den nächsten fünf Jahren ihre Wirkung entfalten.

Doch die zahlreichen Kritikpunkte, die mit der Person Berlusconi verbunden sind, bleiben: Verquickung von politischer Macht und Medienmacht, Gesetzgebung in eigener Sache und konfrontativer politischer Stil sind nur Beispiele aus einer langen Liste. Außerdem bedeutet das Wahlergebnis einen klaren Rechtsruck: Die Lega Nord hat ihr Gewicht deutlich erhöht und wird das zu nutzen suchen. Bedenkenswerter ist allerdings, dass nun die Christdemokraten nicht mehr zum Regieren benötigt werden. Sie hatten sich 2001-2006 als wichtiges Korrektiv erwiesen und waren Berlusconi immer wieder in den Arm gefallen, wenn er nach allzu starker Beeinflussung des staatlichen Rundfunks oder allzu großer Machtanhäufung in der Regierungszentrale strebte. Allerdings hatten dem Medienunternehmer auch die beiden anderen Koalitionspartner Alleanza Nazionale und Lega Nord das Leben schwer genug gemacht. Es ist auch diesmal nicht zu erwarten, dass sie sich durch besondere Gefügigkeit hervortun. Insbesondere von Gianfranco Fini, der sich trotz seiner neofaschistischen Wurzeln in den letzten 15 Jahren im In- und Ausland einiges Anse-

hen erworben hat und sich als verantwortungsvoller künftiger Regierungschef empfehlen will, wird man eine mäßige Rolle erwarten dürfen.

Allerdings gilt der hier vertretene Optimismus nur der Widerstandsfähigkeit der italienischen Demokratie. Dass die neue Regierung mit ihrer ungekannten Handlungsfähigkeit in den nächsten Jahren die wichtigsten Probleme Italiens lösen wird, darf bezweifelt werden. Die letzten fünf Jahre unter Berlusconi stimmen hier wenig optimistisch. Doch scheint es für die meisten Italiener kaum mehr schlimmer kommen zu können: Die tiefe Vertrauenskrise gegenüber der politischen Elite in ihrer Gesamtheit dürfte eine größere Herausforderung für die Demokratie zu sein als ein Witze reißender Unternehmer als Regierungschef. In den letzten 14 Jahren haben die Italiener fünf Mal gewählt und fünf Mal einen Regierungswechsel herbeigeführt. Sie scheinen generell jedem die rote Karte zu zeigen, der sie regiert. Die Berlusconi-Gegner dürfen also trotz allem zuversichtlich in die Zukunft blicken: Der nächste Wechsel kommt bestimmt.

Stefan Köppl M.A.
Akademie für Politische Bildung
82323 Tutzing
08158/256-17
s.koeppel@apb-tutzing.de
www.apb-tutzing.de